

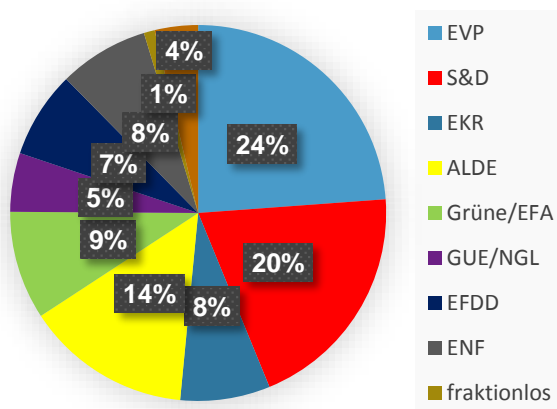


Europa nach der Wahl

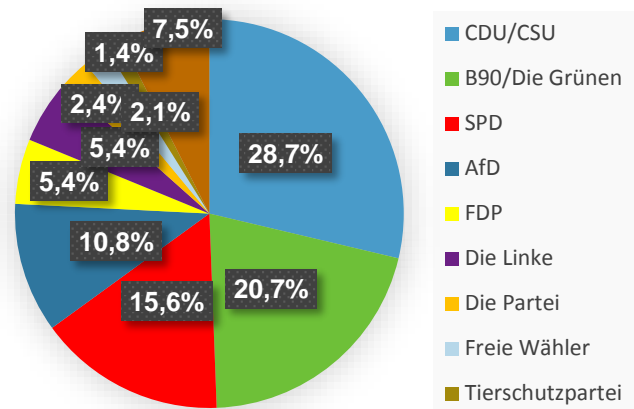
3 erste Lektionen aus der Wahl zum Europäischen Parlament

Lektion 1: Europa wählt sowohl grün als auch rechts

Wahlen zum EP vom 23. - 26. Mai 2019



Wahl in Deutschland zum EP 26. Mai 2019



EVP: Europäische Volkspartei (u.a. CDU, CSU), S&D: Socialists&Democrats (u.a. SPD), EKR: Europa der Konservativen und Reformer, ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (u.a. FDP), Grüne/EFA (u.a. B90/Die Grünen), GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (u.a. die Linke), EFDD: Europa der Freiheit und der direkten Demokratie, ENF: Europa der Nationen und der Freiheit)



Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis zum 26. Mai wurde über die Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes (751 Mandate, nach Verhältniswahlrecht) entschieden. Die Wahlergebnisse in den jeweiligen Mitgliedsstaaten waren stark von den nationalen Politiken überlagert und folgten keiner einheitlichen Richtung.

Stattdessen sind jedoch Tendenzen für die Mitgliedsstaaten insgesamt auszumachen:

- Sozialdemokratische/sozialistische Parteien schneiden in West- und Mitteleuropa in denjenigen Ländern schwach ab, in denen sie an der Regierung beteiligt waren oder die Vorgängerregierung stellten. Demgegenüber stehen im gesamteuropäischen Vergleich sowohl die iberischen Staaten als auch die skandinavischen Länder, in denen sie sich behaupten können. Einen Sonderfall bilden die Niederlande, in denen die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* stärkste Kraft werden konnte.
- In den meisten west- und mitteleuropäischen Ländern ist insgesamt eine Stärkung grüner Parteien zu beobachten (u.a. D, F).
- Christdemokratische Parteien konnten zumeist ihre Stellung (A, osteuropäische Länder) oder mit Abstrichen (D) behaupten.
- Konservative Parteien verlieren zu einem geringeren Teil zugunsten liberaler Kräfte als Mitte-Rechts-Option (F), die nun die drittstärkste Fraktion im EP stellen, bzw. stark zugunsten
- rechtspopulistischer und euroskeptischer Kräfte, die ihre Stellung behaupten (F) oder sogar ausbauen können (P, I, HUN).



Die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 in Deutschland folgte in dieser Hinsicht einigen dieser Trends. Das starke Abschneiden der Grünen, die bei einer bundesweiten Wahl die SPD als zweitstärkste Partei ablösen konnten, bedeutet für das deutsche Parteiensystem eine **Zeitenwende**. Einher ging die Wahl mit der **höchsten Wahlbeteiligung** (D: 61,5%, EU: 61,8%) bei der Wahl zum Europäischen Parlament seit **1994**.

Lektion 2: Union und SPD verlieren urbane Jugend



SPD	•-1.250.000
CDU/CSU	•-1.110.000
Lnke	•-610.000
FDP	•-480.000

Der Befund der Auswertung der Wählerbewegungen stützt die bereits nach der Wahl aufgeworfene These, dass die Grünen vor allem von Wanderbewegungen **in Städten lebender Wähler** und **junger Wähler** weg von den Regierungsparteien profitieren konnten.

Den größten Zuwachs konnten die Grünen aus der Gruppe ehemaliger SPD-Wähler gewinnen. Zugleich sind jedoch auch **starke Wanderbewegungen** von Union und FDP hin zu den Grünen deutlich.

Union und FDP verloren insbesondere durchweg in den Wählergruppen der **unter 44-Jährigen**. Im Vergleich zu den Vorwahlen 2014 **halbierte** sich fast der Zuspruch in den Segmenten der 18 – 24-, der 25 – 34- und der 35 – 44-Jährigen.

Jugend vs. Alter?


Besonders deutlich wurde bei der Wahl in Deutschland die zunehmende **intergenerationelle Diskrepanz** bei den Wahlentscheidungen **sehr junger Wähler**, die sich stark zulasten von Union und SPD niederschlug: **34%** aus der Gruppe der **18 bis 24-jährigen** Wähler entschieden sich für Bündnis 90/Die Grünen. Im Vergleich erhielt die Union in der Altersgruppe der ab 60-jährigen mit 41% den stärksten Zuspruch.

Symptomatisch für die zunehmende Schere und Entfremdung der politischen Wahrnehmungen der Altersgruppen stehen zwei Ereignisse der letzten Wochen:

- Die Union und die FDP taten sich schwer, eine konstruktive Linie in der Bewertung der Klimaschutzjugendbewegung **Fridays for Future** zu entwickeln. Die Auseinandersetzung der Union mit diesem Phänomen war davon geprägt, die Legitimität der Bewegung sowohl in ihrer Ernsthaftigkeit als auch in ihrer Neutralität in Frage zu stellen. Auch spätere, die Bewegung lobende Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel konnten den bereits entstandenen **Flurschaden** nicht begrenzen.
- Der **youtuber Rezo** sorgte mit seinem Video „Zerstörung der CDU“, einer meinungsstarken Abrechnung mit der Regierungsarbeit und Programmatik der Union, insbesondere der Energie- und Klimapolitik der Union, für große öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit. Die Union reagierte auf die daraus resultierende Negativberichterstattung und nachfolgenden Aufrufe weiterer youtube-Blogger zu einem Boykott der Regierungsparteien mit einem unabhinstimmten **Schlingerkurs**.

Nach der Wahl räumte **Annegret Kramp-Karrenbauer** zunächst Versäumnisse der Union ein, Probleme bei Jungwählern richtig zu adressieren, kritisierte jedoch darauffolgend das youtube-Phänomen scharf als „Meinungsmache“ und setzte somit diesen Kurs fort.

Lektion 3: Union und SPD stehen bei den anstehenden (Landtags-)Wahlen vor einem Dilemma

- SPD** Kevin Kühnert, Matthias Miersch und Ralf Stegner haben nach der Wahl in einem Schreiben **rote Linien** zum Fortbestand der Großen Koalition formuliert, in dem sie insbesondere einen stärkeren Blick auf die für das gute Abschneiden der Grünen entscheidende **Fokussierung auf Klimapolitik** fordern.
 Bereits vor der Wahl wurde bei einem erwarteten schlechten Abschneiden der SPD offen über die Position der SPD-Vorsitzenden **Andrea Nahles** diskutiert, die sich nun in der kommenden Woche vorzeitig zur Wiederwahl als Fraktionsvorsitzende stellen will.
 SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil äußerte sich ausweichend zum Fortbestand der Großen Koalition, für die gemäß der im Koalitionsvertrag fixierten **Revisionsklausel** eine Bewertung noch in 2019 bevorsteht.
- CDU/CSU** Auch für die CDU werfen die Wahlen ihre Schatten auf die kommenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Herbst voraus, wo bei den EU-Wahlen die AfD in Brandenburg mit 19,9% und in Sachsen mit 25,3% **stärkste Kraft** werden konnte. Beide Bundesländer waren bis dahin Hochburgen der SPD bzw. der Union.
- AfD** Indes schien die Implosion der österreichischen, konservativ-rechtspopulistischen Koalition **stärkere Wirkung auf das Abschneiden der AfD** in Deutschland auszuüben, die in der Vergangenheit verstärkt den Schulterschluss mit der FPÖ gesucht und in der FPÖ eine Blaupause für einen künftigen Erfolg gesucht hatte.
-  Wenngleich die FPÖ in Österreich bei der Europawahl hinter der SPÖ im Vergleich zur Nationalratswahl 2017, bei der sie mit knapp 26% mit der SPÖ fast gleichauf lag, nur drittstärkste Partei wurde, überraschte sie selbst mit 17,5% angesichts des **politischen Erdbebens**, welches das Bekanntwerden von kompromittierendem Videomaterial ausgelöst hatte. Dieses zeigt den mittlerweile zurückgetretenen österreichischen Vizekanzler und FPÖ-Vorsitzenden **Heinz-Christian Strache** und ehemaligen FPÖ-Klubobmann (Fraktionsvorsitzenden) **Johann Gudenus** in ein Angebot zu Vorteilsnahme suggerierenden Gesprächen auf Ibiza aus dem Jahr 2017.
- AfD** AfD-Vorsitzender Gauland gab deswegen der FPÖ eine Mitschuld am Abschneiden der AfD, deren Ergebnisse **bundesweit** hinter den Erwartungen und den Umfragen vor der Wahl (12 – 13%) zurückgeblieben waren.
-  Die Ergebnisse der Europawahl bedeuten, von der bislang unklaren Entwicklung für den Fortbestand der Koalition abgesehen für die Koalitionsparteien auch bei den kommenden Wahlen eine **Gratwanderung**:
 Zum einen verlieren sie zusehends Zuspruch bei einem **jungen, urbanen Wählerklientel**, das **stärkere Anstrengungen in der Klimapolitik** fordert. Zum anderen sehen sie sich bei kommenden Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg in der AfD - trotz deren bundesweit schlechteren Abschneidens – mit einer politischen Kraft konfrontiert, die neben ihrer Anti-Migrations-Programmatik in den betreffenden Ländern auch als Oppositionsführerin gegen einen als Bedrohung **aufoktroierten Strukturwandel** wahrgenommen wird.
- Die Frage nach der Zukunft der Koalition und des Führungspersonals der Koalitionsparteien selbst dürfte sich daher mit großer Wahrscheinlichkeit erst nach den Landtagswahlen stellen.